



---

Ausgabe 294

April 2019

**Informationen und Meinungen  
aus dem und für das BAAINBw**

---

**Aus dem Inhalt**

Abschied: Gastvorwort von Erwin Gallas .....	Seite 2
Pressekonferenz des VBB in Berlin.....	Seite 3
Rüstungsbeschaffung kurz erklärt .....	Seite 7
Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt! .....	Seite 9

# Abschied: Gastvorwort von Erwin Gallas

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder des VBB Bereich BAAINBw,*

*diese Ausgabe der VBB-Brille wird für mich die letzte Ausgabe als Vorstandsmitglied des Bereiches BAAINBw sein. Nach 38 Jahren aktive Mitgliedschaft im VBB, werde ich am 30.06.2019 in den Ruhestand treten. Ab diesem Zeitpunkt werde ich die Gruppe der Pensionärinnen und Pensionäre im VBB Bereich BAAINBw verstärken.*

*In den vergangenen Monaten lag der Fokus von Bundesregierung, Verteidigungsministerium, Bundesrechnungshof und Presse nur auf der Beschaffungsorganisation des BAAINBw. Der VBB Bereich BAAINBw hat sich in dieser Zeit materiell und personell intensiv dafür eingesetzt, dass es nicht schon wieder zu einer einschneidenden Neu- und Umorganisation bis hin zur Änderung der Rechtsform unseres Amtes kommt.*

*Es ist meine feste Überzeugung, dass dieser Weg, sich für die Beschäftigten des BAAINBw intensiv einzusetzen, künftig weitergegangen wird.*

*Damit dies erfolgreich fort- und umgesetzt werden kann, ist auch zukünftig Ihre Unterstützung in Form von Informationen, Anregungen, Vorschlägen und ggf. auch persönlicher Einsatz, erforderlich. Umfangreiche Beraterverträge führen am Ziel vorbei und sind meist nicht im Sinne der Aufgabenerledigung und der Beschäftigten unseres Amtes. Änderungen und Neuerungen sind selbstverständlich zu jeder Zeit möglich und erforderlich, müssen aber nachweislich der Verbesserung und Optimierung der Beschaffung dienen. Viele kleine Schritte führen auch zur Verbesserung der Beschaffung für die Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten.*

*In den entscheidenden und kritischen Situationen um den Bestand, Erhalt und die Fortführung des BAAINBw in behördlichen Strukturen hat sich ausschließlich der VBB mit aller Kraft und auf allen Ebenen intensiv engagiert.*

*Ich freue mich, dass ich an exponierter Stelle daran mitarbeiten durfte. Es war eine neue und anregende Erfahrung für mich.*

*Liebe VBB-Mitglieder,*

*es war mir eine Freude aktiv in diesem Verband mitzuarbeiten und fordere auch Sie auf, sich in die Verbandsarbeit einzubringen. Es macht Spaß mit den Kolleginnen und Kollegen zusammen zu arbeiten.*

*Ich wünsche Ihnen für Ihre berufliche und private Zukunft alles Gute, bleiben Sie gesund und aufmerksam.*

*Ihr*

*Erwin Gallas*



Erwin Gallas)

**Lieber Erwin, der gesamte Verband der Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr dankt Dir von ganzem Herzen für Dein engagiertes Wirken. Stets den Menschen immer im Blick! Der VBB und deren Mitglieder verdanken Dir Einiges. Wir freuen uns Dich als passionierten Pensionär im Verband wirken zu sehen. Dein Vorstand.**

## Pressekonferenz des VBB in Berlin

Für den 1. April 2019 hat der VBB Bund, unter Leitung des Bundesvorsitzenden Wolfram Kamm und unseres Bereichsvorsitzenden Jakob Milles, nach Berlin eingeladen. Dieser Einladung waren zahlreiche Pressevertretungen gefolgt und in einem Rahmen von 2 Stunden wurden aus Sicht des VBB wichtige Positionen zu den Ergebnissen des Expertenrates aber auch zu aktuellen Themen platziert.



Wolfram Kamm und Jakob Milles auf der Pressekonferenz (Quelle: VBB)

Besonders wichtig erschien es in diesem Zusammenhang die kursierenden Falschinformationen zum Thema „wie funktioniert Beschaffung“ richtig zu stellen und den Fokus auf den Kontext zu lenken. So liegen die Verantwortlichkeiten eben regelmäßig leider nicht in der Einflussosphäre des BAAINBw und seiner Beschäftigten.

An dieser Stelle möchten wir Ihnen die hierzu erstellte Pressemitteilung (Langversion) nicht vorenthalten:

### Task Force BeschO: Ergebnisoffene Analysen unerwünscht

- Der VBB ist seit vielen Jahrzehnten ein der Bundeswehr ganz besonders verbundener Partner, denn wir im VBB sind Teil dieser für die äußere Sicherheit unseres Staates essentiellen Organisation.
- Die Chance der Erneuerung, der Optimierung und der innovativen Wege wurde von der Task Force Beschaffungsorganisation (BeschO) nicht genutzt:
  - ➔ *Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 12. März 2018 wurde u.a. vereinbart, dass **zu untersuchen sei**, „(...) in welcher Weise die Beschaffungsorganisation der Bundeswehr an ihren Standorten angepasst werden sollte“.*
  - ➔ *Die von der Bundesministerin eingesetzte Task Force BeschO hat diesen Regierungsauftrag auf „**das BAAINBw und seine Dienststellen sowie Schnittstellen**“ beschränkt und ist damit zu kurz gesprungen, da die richtigen Antworten auf die Herausforderungen im Bereich der Rüstung und Nutzungssteuerung von Wehrmaterial stets im Kontext zu suchen sind (d.h. von den strategischen Ausrichtung der Aufgaben der Bundeswehr über die Bedarfsermittlung bei den Streitkräften und dem Planungsprozess weiter zur Auswahlentscheidung des Generalinspektors und dem amtlichen Projektmanagement bis hin zur Lösungsrealisierung durch die Wirtschaft, stets unter Berücksichtigung von internationalen Vereinbarungen, Märkten, Vergabe-, Haushalts-, Preis- und Verwaltungsrecht).*
  - ➔ *Hier wurden sich fatale Denkverbote selbst auferlegt, um – so die VBB Sicht – „alte Pläne“ aus den Schubladen ziehen zu können UND nicht die wirklichen Hinderungsgründe für eine*

*nachhaltige Effizienzsteigerung der Bundeswehr in den Mittelpunkt stellen zu müssen. Allerdings geht die Gleichung „(populistischer) Aktionismus = (politischer) Erfolg“ nicht immer auf!*

■ Kurzer **Abriss der Historie:**

- Februar 2018 (während der Koalitionsverhandlungen) taucht ein Arbeitspapier mit dem Titel „Projekt Pfeil“ aus dem Verteidigungsministerium in den Medien auf, worin u.a. eine Zerschlagung und Privatisierung des BAAINBw (als DER Rüstungsbeschaffer) thematisiert wird.
- Daneben wird ein rechtliches Gutachten der Anwaltsberatungsfirma Herbert Smith Freehills Limited Liability Partnership (LLP)/Frankfurt a.M. vom Oktober 2017 über die Vorteile von Privatisierungen bekannt, das aber (angeblich) der Ministerin unbekannt sei.
- April 2018: Aufgrund der Unruhe bei den Beschäftigten im BAAINBw aufgrund der die Beschaffungsorganisation betreffenden Passage im Koalitionsvertrag und der Papiere zum Projekt Pfeil kam BM´in Ursula von der Leyen am 6. April nach Koblenz, um das ergebnisoffene Wirken der Untersuchung zu unterstreichen.
- Ende April 2018: Einsetzung der Task Force (TF) BeschO
- September 2018: Zwischenbericht der **Task Force BeschO** als gedachte **Arbeitsgrundlage für** den ebenfalls von der Ministerin berufenen **Expertenrat**: die hierin vorgeschlagenen Änderungen entsprechen nahezu zu 100% dem Arbeitspapier „Projekt Pfeil“ hinsichtlich organisatorischer Maßnahmen und der angedachten Rechtsformänderung, weg von einer Behörde hin zu einer Anstalt öffentl Rechts o.Ä., und lassen andere Lösungen nicht zu, ohne dieses begründen zu wollen. Damit war der Beweis für nicht ergebnisoffenes Arbeiten angetreten.
- Oktober 2018 – Februar 2019: Arbeit des eingesetzten Expertenrates, die mit einem einstimmig beschlossenen Abschlussbericht endet, der im Sinne eines gelebten Veränderungsmanagements am 6. März im Intranet für alle Beschäftigten veröffentlicht wird.

■ Wichtige **Erkenntnisse des Expertenrates:**

- 1) Weder eine kontextbezogene (→ Umfeldanalysen) noch prozessuale Betrachtungen der relevanten Funktionsträger in der Beschaffungsorganisation Bundeswehr, bei dem das BAAINBw lediglich einem Teil ist, haben stattgefunden.
- 2) Ohne empirisch belegbare oder nachvollziehbar begründete Argumente wird von der Task Force eine massive Umorganisation des BAAINBw vorgeschlagen, die zu einem ‚Gesamtsystemcrash‘ führen würde. Vorteile dieser Umorganisation konnten nicht erläutert werden, dafür bleiben aber damit einhergehende Nachteile komplett unberücksichtigt.
- 3) Eine Rechtsformänderung verbietet sich mit Blick auf den Art. 87b GG als lex specialis. Zudem hätte diese keinen Einfluss auf die gewünschten Effekte (zugunsten einer schnelleren Verfügbarkeit der benötigten Ausstattung unserer Soldatinnen und Soldaten, die zur Erledigung von nachgewiesenen wertschöpfenden Tätigkeiten – vor dem Ziel der Wahrung der Äußeren Sicherheit Deutschlands – zweifellos benötigt wird).

- 4) Die Anlagen im Abschlussbericht des Expertenrates, mit einzelnen Positionspapieren der Expertinnen und Experten, sind keine alternativen, miteinander konkurrierenden Positionen, sondern BESTANDTEIL des Berichtes der einstimmig beschlossen wurde. Die einzelnen Positionspapiere ergänzen sich komplementär auf unterschiedlichen Metiers.
  - 5) Im Ergebnis werden die vorgeschlagenen massiven organisatorischen Änderungen, wie auch Rechtsformänderungen, im Bericht der Task Force BeschO als nicht tragbar attestiert! Die Ankündigung von Staatssekretärs Zimmer, sich „auszusuchen“, welchen Empfehlungen er folgen und der Ministerin im April nach Vorlage des Abschlussberichtes der Task Force BeschO vorschlagen will, irritiert in diesem Zusammenhang.
- Fakten zum BAAINBw (Stand Februar 2019):
    - ➔ Insgesamt 6 656 Dienstposten, wovon derzeit 1 421 Dienstposten nicht besetzt sind (seit Beginn der „Trendwende Personal“ hat das BAAINBw 2 500 Dienstposten dazu bekommen; auf neu besetzten Dienstposten verläuft die notwendige, spezifische Weiterqualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter infolge großen Engagements des dortigen altgedienten Personals im Wesentlichen „unaufgeregt“, aber zielstrebig)
    - ➔ Das Personalamt der Bundeswehr erwartet eine „Vollbesetzung“, so weit in den Regularien des öffentl. Dienstes möglich (→ i.d.R. sequentielle Nachbesetzungen anstatt gesteuerter Wissensübergabe durch z.B. temporäre „Dienstpostendoppelbesetzung“) ab den Jahren 2022/2023
    - ➔ In 2018 wurden die Aufgaben im Bereich Nutzung fast zu 100 % umgesetzt und somit nahe 100% der veranschlagten Haushaltsmittel für die Materialerhaltung verausgabt wurden („Merksatz“: HH-Mittel dürfen nur abfließen, sofern die Leistung vom Auftragnehmer in der Hauptsache erbracht und vom Bund abgenommen wurde)
    - ➔ Die Haushaltsmittel für Rüstungsinvestitionen (Beschaffungen) wurden zu fast 80 % zahlbar gemacht; in (wiederum) 80%, bei denen das nicht gelang, lag die Ursache im Leistungsverzug auf Seiten der industriellen Auftragnehmer (in absoluten Zahlen: Diese Leistungsverzüge bei den Rüstungsinvestitionen hatten in 2018 ein Volumen von 715 Millionen Euro.
    - ➔ Darauf hat das BAAINBw im Bereich der Rüstung durch die Umsetzung von sogenannten Ersatzvorhaben der Streitkräfte so flexibel reagiert, dass dieses durch die Beschaffungsorganisation (in Verbindung mit der Umschichtung von Haushaltsmitteln seitens des BMVg innerhalb des Verteidigungshaushalts) sogar überkompensiert werden konnte und im Ergebnis in 2018 sogar 360 Millionen Euro zusätzlich in moderne Ausrüstung investiert werden konnte. Dieses hat das BMVg in einer am 23. Januar 2019 veröffentlichten Meldung dargelegt.

Nach der Gründung des BAAINBw im Jahre 2012 fangen alle Maßnahmen an zu greifen; auch der Personalbestand steigt kontinuierlich.

Fraglich also, warum verbessert sich die Lage in der Ausstattung der Streitkräfte nicht ebenso kontinuierlich?

- **Der VBB fordert folgendes:**
  - a) Defizit- und Prozessanalyse bzw. entsprechende Optimierung der Beschaffungsprozesse nach bewährten Steuerungslogiken im Kontext politischer Rahmenbedingungen/ Strategie, der

Märkte/ nachgewiesenen Industriefähigkeiten, der „gelebten“ Einhaltung der eingeführten Verfahrensbestimmungen bzw. Prozesse u.a.m.

- b) Verbesserte personelle Ausstattung und Verzicht auf die unsinnige 30% Kompensationsforderungen für bereits anerkannte Dienstposten (anstatt zusätzlicher 821 Dienstposten angesichts eines Aufgabenaufwuchses von ca. 200 % erhält das BAAINBw lediglich nur rund 500 Dienstposten).
  - c) Ganzheitlicher Beschaffungsansatz: bereits im Moment der Bedarfsformulierung (Was braucht die Truppe tatsächlich? Bereits marktverfügbare und damit schnell verfügbare Produkte oder aber eigenentwickelte Einzelstückanfertigungen? Bsp.: militär. Forderung „*Batterie mit Leistungsfähigkeit bis – 32 Grad Celsius*“. Bewertung: bis – 30 Grad Celsius ist die entsprechende Batterie marktgängig und schnell verfügbar; ab – 31 Grad bedarf es einer Neuentwicklung.) Die Streitkräfte sollten bei der Aufstellung ihrer Forderungen mehr Bw-intern (nicht durch „entwicklungshungrige“ potentielle Auftragnehmer) gelenkt werden dürfen, im Sinne einer dokumentierten Beratung, nicht im Sinne einer Kontrolle.
  - d) Das überbordende Berichtswesen (gefordert von den im Vergleich zur operativen Umsetzungsebene in den Ämtern/Kommandobehörden überproportional aufwachsenden Ministerien mit den sie umgebenden „Decisionmakers“) wird im Pilotverfahren für ein Jahr eingestellt.
  - e) Entscheidungen zugunsten neuer Projekte müssen sich künftig nicht nur an der Ressource (verfügbare) Haushaltsmittel orientieren, sondern auch an den Ressourcen Projekt-/Personal, Infrastruktur, Logistik, Betriebskapazitäten u.a.m. Dieser ganzheitliche Ansatz ist zwar im CPM verankert, wird aber nicht gelebt.
  - f) Bei der Projektaufstellung und anderen kritischen Zeitpunkten im Projektverlauf werden Beschäftigten der betroffenen Abteilungen im Ministerium als zusätzliche Expertise (z.B. interaktiv) zugewiesen und arbeiten mit. Damit wird eine ganzheitliche Erneuerung der Ausrüstung gewährleistet.
  - g) Die enorm ressourcenaufwändige Task Force BeschO im BMVg stellt ihre Tätigkeit ein, das seit Mai 2018 dort tätige Personal wird der Beschaffungsorganisation für ein Jahr zur Dienstleistung zugewiesen, um einen bestmöglichen und effektiven Know-how Transfer der Erkenntnisse der Task Force BeschO auf die Ämterebene zu gewährleisten
  - h) Die Bundeswehruniversitäten München und Hamburg werden mit einer ganzheitlichen Defizit- und Prozessanalyse des Beschaffungs- und Planungswesens der Bundeswehr beauftragt. Parallel werden bis zur Fertigstellung der daraus resultierenden Ergebnisse die bereits eingeschlagenen Wege konsequent weiterverfolgt.
- Die Leitung des Verteidigungsministeriums darf sowohl die Argumente des Expertenrats an sich als auch sein vernichtendes Zeugnis bezüglich der Ergebnisse der Task Force BeschO NICHT ignorieren.
  - Der VBB erwartet ein Ende des politischen „Fingerpointings“ und des „Mit-sich-selbst-Beschäftigens“ nur zugunsten der Karriereentwicklungen höchster Führungskräfte in Berlin und Bonn, das zu sehr arbeitsintensiven, aber wenig wertschöpfenden Rettungsaktionen führt – zulasten weiter Teile der Belegschaft und auf Kosten der Allgemeinheit (s. Task Force Gorch Fock, Task Force Folgelösung Bekleidung, Task Force Gesundheitsversorgung, Task Force Verkauf HIL-Werke, Task Force Moorbrand, Task Force BeschO, Task Force Untersuchungsausschuss, ungezählte Agenden).

- Der VBB fordert, sich endlich wieder den eigentlichen Aufgaben der Bundeswehr zuzuwenden. Nichts brächte mehr Arbeitsplatzattraktivität als diese Fokussierung auf die Kernaufgaben mit Blick auf die Wahrung der Äußeren Sicherheit, ohne die es keinen generationenübergreifenden Wohlstand und keine Bildungschancen gibt! Grundlage hierfür ist u.a. eine transparente ergebnisorientierte Prozessorganisation der gesamten BeschO Bw.
- Der VBB fordert daher – nach allen ausgerufenen und mehr als zu begrüßenden Trendwenden – nun eine Trendwende in der (politischen) Führungskultur: Optimierung und Veränderung gerne, ABER faktenbasiert, selbstlos und mit Augenmaß!

## Rüstungsbeschaffung kurz erklärt

Aufgrund bestehender Unklarheiten zum Beschaffungswesen hier eine kurze Skizzierung des Kontextes:

- Das Beschaffungswesen gründet auf den **Politischen Vorgaben** (Weißbuch zur Sicherheitspolitik, Verteidigungspolitische Richtlinien, Strategische Leitlinien), den **Strategischen Zielen** (hieraus können Zielvereinbarungen mit Führungskräften abgeleitet werden), **Strategischen Vorgaben für die Planung** (Konzeption der Bundeswehr (KdB)) sowie den eher generischen Ergebnissen der **Strategischen Planung** (SOLL-Fähigkeitsprofil der Bw) und eine detaillierteren **Entscheidungen und Priorisierungen zum Schließen von bestehenden Fähigkeitslücken**.

Diese Schritte werden im Wesentlichen im BMVg verantwortet, das als „Arbeitsmuskel“ der Ressortchefin nicht zur Bundeswehr gehört – unterstützt von vielen Stellen in den militärischen und zivilen Organisationsbereichen der Bundeswehr, die die jeweils spezifische Fachexpertise in notwendiger Detailtiefe einbringen.

- Den vorstehenden grundsätzlichen Festlegungen schließt sich das jährlich wiederkehrende Durchführen der **Finanzbedarfsanalyse** an. Wichtige „Player“ hierbei sind u.a. Abteilungen im BMVg sowie das nachgeordnete Planungsamt der Bundeswehr.
- In der Folge wird im Zuge der **Haushaltsaufstellung** erörtert, welche Detailplanungen mit hoher Wahrscheinlichkeit ‚kassenwirksam‘ werden können, d.h. im Haushaltszyklus quasi sicher realisierbar sind.  
Hierbei müssen weitere Beschaffungsaspekte (wie z.B. notwendige amtliche Personal- und Projektressourcen, Ausbildung für den Nutzerkreis von künftigem Material und technischen Anwendungen, freie Industriekapazitäten sowie dort aktuell verfügbares Wissen und Entwicklungs- oder Produktionskompetenz, korrelierender Organisationsänderungs- oder Infrastrukturbedarf, erfolgsbegründende Anpassungen von IT- und Kommunikationsstrukturen, gesetzliche oder betriebliche Erfordernisse, Zulassungsaspekte neuer technischer Produkte u.v.m.) mit berücksichtigt werden. Ebenso sind Beiträge zur multinationalen Planung, internationale Verpflichtungen und sich aus den Einsätzen ergebende Ad-hoc-Bedarfe u.a.m. einzukalkulieren.  
Hierzu werden in bedeutenden Projekten **Risiko- und Portfolioanalysen** durchgeführt, die mögliche Risiken für die Zielerreichung transparenter und damit nachvollziehbar werden lassen.

- Mindestens Anteile zuvor genannter **Beschaffungsaspekte** können **im Widerspruch zueinander oder zur Dringlichkeit der Bedarfsdeckung** oder auch zu den Politischen Vorgaben oder Strategischen Zielen o.Ä. stehen, denke man z.B. an den zwingenden Erhalt von sicherheitsrelevanten verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien bei Monopolisten mit aktuell fast „leeren Auftragsbüchern“ oder an eine ressortübergreifend (d.h. aus eher volkswirtschaftlicher Sicht, weniger aus Ressortsicht) gewünschte Stärkung einzelner Wirtschaftsstandorte in strukturschwachen Regionen Deutschlands.<sup>1</sup>
- Das Ergebnis des Abwägens konkurrierender Argumente ist regelmäßig ein „bestmöglicher Kompromiss“, mit (teils erheblichen) Restrisiken, als Ergebnis von Wirtschaftlichkeits- und Nutzwertüberlegungen (→ **Controlling**).
- Es schließt sich das **Vollziehen des Haushalts** an, d.h. die Umsetzung der Leistungserbringung durch die Auftragnehmer, nachdem die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zur Mittelverwendung frei gegeben wurden.
- Die **zentrale Beschaffung** für die Streitkräfte, Partner oder andere Nutzer wird grundsätzlich auf einem von drei verschiedenen Wegen realisiert:
  - i. als Rüstungsprojekt in Umsetzung der Bw-eigenen Verfahrensbestimmungen **Customer Product Management (CPM)**,
  - ii. als **Inanspruchnahme einer Komplexen Dienstleistung** (KDL; ÖPP oder Partnerschaften entweder mit in Bundeseigentum befindlichen Gesellschaften oder als rein leistungsvertragliche Dienstleistung mit einem Auftragnehmer aus der gewerblichen Wirtschaft)
  - iii. oder im Rahmen des **EinkaufBw** (Betriebsbedingte Beschaffungen handelsüblicher und bundeswehrespezifischer Güter zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs, beispielsweise Ersatzteilbeschaffung).
- Die **Auswahl** zwischen den vorgeschlagenen Realisierungsvarianten zum Schließen einer Fähigkeitslücke sowie die Festlegung des Realisierungswegs (d.h. CPM-Projekt, KDL, EinkaufBw oder Kombinationen verschiedener Wege) wird im BMVg getroffen, soweit dies nicht für wenig bedeutsamere Vorhaben an dem BMVg nachgeordnete Behörden delegiert ist.
- Bei Technik intensiven Projekten wird das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung (**BAAINBw**) mit der **Realisierung der Beschaffung** beauftragt – ohne dass es die zwingenden Voraussetzungen für den Beschaffungserfolg (wie notwendige Projekt-ressourcen)

---

<sup>1</sup> Je mehr (wenngleich für sich allein betrachtet überaus sinnvolle) inkonsistente und unpriorisierte Vorgaben zu beachten sind, desto schwieriger, ermüdender, langsamer, störanfälliger und angreifbarer ist Rüstungsbeschaffung.

Und dies geht u.a. zulasten der **Planungssicherheit im Beschaffungswesen**, die sowohl für die Wirtschaft als auch für die Amtsseite unabdingbar ist, um Erfolge im Wettbewerb zu erzielen.

Langjährige Diskussionen um ‚Entbürokratisierung‘, in Brüssel, Berlin & anderswo, können und werden für sich genommen – ohne dass auf „die Arbeitsebenen“ insgesamt positiv wirkende Entscheidungen getroffen werden; und ohne eine ausgeprägte Neigung bei Führungskräften, selbstlos und ergebnisorientiert zugunsten der Gesamtorganisation zu agieren – weder eine anhaltende Steigerung von Arbeitsplatzattraktivität noch von Projekterfolgchancen begründen. Daher sind tiefgreifende Entscheidungen im hochkomplexen Rüstungsbereich stets sorgsam vorzubereiten; ihnen müssen sorgfältige Analysen mittels geeigneter Methoden und mit maßgeblicher Einbindung von Fachleuten vorausgehen.

maßgeblich mitgestalten kann und faktisch ohne Möglichkeit, Beauftragungen abzulehnen bzw. andere Projekte im Gegenzug aussetzen zu dürfen.<sup>2</sup>

- Das „Produkt“ der Beschaffungsarbeit im BAAINBw sind **dokumentierte projektsteuernde Entscheidungen**, wie bspw. Technische Leistungsbeschreibungen, Lastenhefte, Qualitätssicherungsanforderungen an Auftragnehmer, Zulassungs- und Nachweispflichten bei Auftragnehmern u.v.m., die u.a. Eingang in Entwicklungs- und Beschaffungsverträge mit der gewerblichen Wirtschaft finden.

**Auftragnehmer** (Industrie; Kleine/ Mittlere Unternehmen) sind für die **Erfüllung vertraglich zugesicherter Leistungen im Zeit- und Kostenrahmen abschließend verantwortlich**.

## Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt!

Wie Admiräle in führenden Positionen aus sentimental Gefühlen und Erinnerungen heraus ministerielle Entscheidungen beeinflussten. Ein Praxisbeispiel von Amtsmissbrauch – bis heute.

Die Meldungen der vergangenen Wochen führen zunehmend zu einer Abstumpfung der geneigten Leserschaft ob der darin enthaltenen neuerlichen Enthüllungen. Der Schaden für die Marke Bundeswehr steigt von Tag zu Tag, da die Verantwortlichen Eigennutz und Eigenschutz vor die Leistungen der Beschäftigten der Bundeswehr stellen.

Aber kurz zur Geschichte aus der Villa Bullerbü:

Die Marine pflegt eine große Tradition, in welcher die „echte“ Seefahrt das wichtigste Identifikationsmerkmal darstellt. Dieser Tradition verpflichtet war über Jahrzehnte die seemännische Ausbildung auf dem Segelschulschiff Gorch Fock II. Auf dem Nachbau des im 2. Weltkrieg versenkten Schulschiffes wurden Generationen an Marinesoldatinnen und –soldaten ausgebildet sowie mit den unberechenbaren Kräften der See bekannt gemacht. Um die Gorch Fock ranken entsprechend viele sentimentale und im Laufe der Zeit zunehmend verklärte Erinnerungen, die ein jeder Admiral anekdotenreich zum Besten geben kann.

Soweit so gut, wenn denn nicht vorrangig aufgrund dieser Sentimentalität Admiräle oder solche die es noch werden wollen in ihren Schlüsselpositionen im BMVg, auch gerne mal in wahrlich leitenden Funktionen, Vorlagen derart gefiltert und zurechtgebogen haben, dass es für die Adressaten nur eine Alternative zu geben scheint.

Und damit die Angehörigen des BAAINBw, die jeweils in den verschiedenen Phasen die Kostenexplosionen festgestellt und gemeldet haben, nicht allzu kritisch „mitwirken“, wurden die nunmehr allgemein bekannten Leitungsvorlagen ministeriell im kleinen Kreis, vorzugsweise unter Verwendung persönlicher E-Mail-Briefkästen, abgestimmt und frisiert, äh finalisiert.

Und nun? Tja, niemand war es. Naja...vielleicht mal wieder die im BAAINBw. Die waren es ja immer. Das könnte gleich zum Anlass genommen werden, dass die Trennung von Materialverantwortung für die Einsatzreife und Betriebs- und Versorgungsverantwortung diskutiert wird. Oder ob die Marine nicht gleich selbst alles „tun“ kann. Schöne Idee: keine kritischen Vorlagen, die letztlich zu aktuellen Erklärungsnoten

---

<sup>2</sup> Aktuell verantwortet das BAAINBw ca. 1500 Projekte und rund 800 Forschungs- und Technologievorhaben, hinzu kommen zigtausende amtlich begleitete Instandhaltungsaufträge an die Wirtschaft zur Aufrechterhaltung des Betriebs; sehr viele davon laufen quasi störungsfrei, insbesondere dann, wenn Projektrisiken rechtzeitig identifiziert und angemessen bewältigt werden können.

zwängen. Die Gorch Fock II wäre auch für 300 Mio. EUR instandgesetzt worden, eben ohne diese unde-likate Publicity.

Weil es die Admiralitäten, und vor allem auch diejenigen, die es noch werden wollen, einfach durchgezo-gen hätten.

Die Trennung der Streitkräfte und der Bedarfsdeckung hatte eben eine ethische, sich selbst überprüfende Komponente. Ein Aspekt der, nach jetziger Informationslage auch in der „Causa Berateraffäre“, den un-seriös und intransparent agierenden- der Idee von Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit oftmals verschlos-senen - Abteilungsleitungen A und Planung in schnittigen Uniformen (spätestens jetzt) zu denken geben sollte.

Herausgeber: Bereich BAAINBw des Verbandes der Beamten der Bundeswehr ([www.VBB-BAAINBw.de](http://www.VBB-BAAINBw.de)) • V. i. S. d. P.: Jakob Milles • Geschäftsstelle: 56068 Koblenz, Rheinstraße 1-5, Tel. 02 61 - 1 57 17 (auch Fax) • Textabdruck mit Quellenangabe gestattet; Belegexemplar erbeten • Textabdruck gekennzeichnete Artikel nur mit Genehmigung des Verfassers (Name ist der Redaktion bekannt) • Bezugskosten für Bereichs-angehörige durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. • Auflage: 2.300